

Home > Wirtschaft > „Sehen keinen Fortschritt“: Immer mehr Unternehmer verlassen Deutschland

„Sehen keinen Fortschritt“: Immer mehr Unternehmer verlassen Deutschland

Immer mehr Unternehmer verlieren das Vertrauen in die Regierung und verlassen Deutschland, sagt der Unternehmensberater Sebastian Weißschnur. Wo ist es gerade attraktiver?



[Liudmila Kotlyarova](#)

11.02.2025 | aktualisiert am 12.02.2025 - 20:24 Uhr



Robert Habeck, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen, gestikuliert bei Personio im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden (Symbolbild).

Während die politische Debatte um Migration nach Deutschland kreist, tritt eine andere Entwicklung in den Hintergrund, nämlich, dass immer mehr Leistungsträger das Land verlassen. Zu diesen zählen nicht nur qualifizierte Fachkräfte, sondern vor allem auch Unternehmer, die ihre Geschäfte und somit auch die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

„Ich spreche jeden Tag mit diesen Menschen und stelle fest, dass ihre Unzufriedenheit rapide zunimmt“, sagt Sebastian Weißschnur, Experte für internationale Finanzstrategien und CEO der Unternehmensberatung Globale Finanzstrategen, der Berliner Zeitung. Laut Weißschnur hat die Nachfrage der Unternehmer nach einer fachlichen Begleitung in den vergangenen drei Jahren enorm zugenommen. Der Umsatz seiner Beratungsfirma habe sich bis Mitte 2024 aus diesem Grund fast verdoppelt. Und diese Unternehmen würden die Abwanderung nicht erst planen; gedanklich seien sie schon abgewandert, so Weißschnur. Die meisten kämen aus Westdeutschland. Aber auch einige Berliner Unternehmer seien dabei.

Studie: Jedes dritte Industrieunternehmen plant Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Auch die letzte Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young vom Herbst 2024 zeigte, dass jedes dritte Industrieunternehmen eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland plante. 63 Prozent rechneten sogar mit Stellenabbau in Deutschland. In einer noch früheren Umfrage des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) vom Sommer 2023 gaben 16 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen an, bereits Arbeitsplätze oder Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert zu haben. Weitere 30 Prozent zogen diesen Schritt in Betracht.



ZUM GESPRÄCHSPARTNER

Sebastian Weißschnur ist [CEO der Unternehmensberatung Globale Finanzstrategen](#). Mit seinem weitreichenden Netzwerk und seiner Expertise unterstützt er deutsche Unternehmer und Investoren dabei, finanzielle Risiken zu minimieren und internationale Chancen zu nutzen. Sein Fokus liegt auf Vermögenssicherung, Kapitalbeschaffung und nachhaltigem Vermögensaufbau.

Besonders trüb ist die Stimmung in energieintensiven Branchen wie der Chemie-, Metall- und Maschinenbauindustrie. Diese mittelständischen Unternehmen berät auch Weißschnur. Unter den Hauptgründen ihrer Abwanderung nennt er hohe Arbeitskosten, Fachkräftemangel und gestiegene Energie- und Rohstoffpreise. Zusätzlich belasten Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren die Unternehmen. Einige kritisieren den hohen bürokratischen Aufwand, andere bemängeln die unzureichende Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Energie.

Wohin wandern sie ab? Das Ziel Nummer eins bleiben laut Weißschnur die USA, wo die Energiekosten im Vergleich zu Deutschland relativ gering sind. Die protektionistische Wirtschaftspolitik bzw. die Importzölle von Donald Trump könnten zwar insbesondere exportorientierte deutsche Unternehmen belasten; im Übrigen bieten die USA jedoch weiterhin eine dynamische und widerstandsfähige Wirtschaft mit einer starken Fokussierung auf technologischen Fortschritt und Innovationsfähigkeit.

Nicht nur die USA: Diese Länder sind für Unternehmer attraktiver als Deutschland

Bei vielen spielen aber die regionale Nähe zu Deutschland eine Rolle, daher würden sie eher für Polen, Tschechien oder Ungarn gehen. Geht es um Privatvermögen der wohlhabenden Deutschen, entscheiden sie sich laut Weißschnur eher für Großbritannien, die Vereinigten Arabischen Emirate, vor allem etwa für Dubai, oder für Singapur. Wer gehe, suche gezielt nicht nur nach stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch nach steuerlichen Vorteilen, sagt Weißschnur. „Sie finden das Steuersystem ungerecht.“



„Die Deutschen sind arm und wütend“: Vermögen der Mitte jetzt kaum größer als bei den Griechen

Politik 19.01.2024



 Wirtschaftsforum in Davos: Habeck legt offen, wie er deutscher Autoindustrie helfen will

Politik 24.01.2025



Dabei ist Deutschland ein Land mit extremer Ungleichheit. Viele Ökonomen weisen darauf hin, dass die Belastung hierzulande zu sehr auf die Löhne ausgerichtet sei und die Vermögens- und Erbschaftssteuern bei den Oberschichten dagegen niedrig seien. Weißschnur entgegnet: Nur die Großkonzerne und ihre Aktionäre würden davon profitieren, indem sie etwa bei einer Gewinnverteilung die Quellensteuer im Ursprungsland umgehen könnten. Für kleine und mittelständische Unternehmen sei die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland dagegen zu hoch. Bei Privatvermögen werde hingegen die indirekte Besteuerung (Grundsteuer, Kapitalertragsteuer, Erbschaftsteuer) oft unterschätzt. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern liegt Deutschland laut Familienunternehmen allein bei der Erbschaftsteuer tatsächlich im oberen Mittelfeld.

Ob diese Unternehmer zurückkommen werden? „Wenn sich die Unternehmer erst einmal für ein zweites oder drittes Standbein im Ausland entschieden haben, werden sie sich diese Infrastruktur auch erhalten“, sagt Weißschnur. Der Hauptgrund dafür sei das verloren gegangene Vertrauen in die Regierungsarbeit Deutschlands. Mit vielen der politischen Maßnahmen, die während der Corona-Zeitperiode vollzogen wurden, habe der massive Vertrauensbruch bereits begonnen.

Hinzu käme das mangelnde Interesse der Ampelregierung und des Wirtschaftsministeriums unter der Leitung von Robert Habeck (Grüne) am klassischen Wirtschaftswachstum und die Priorisierung des Klimaschutzes. In konservativen Unternehmerkreisen wird dies als „Degrowth“ wahrgenommen, also eine Art Wachstumsrückgang. Dabei hat sich Habeck

nicht explizit zum Konzept des „Degrowth“ geäußert. Stattdessen verfolgt er nach eigenen Angaben eine Politik des „grünen Wachstums“, die den Wohlstand nicht mehr nur als wirtschaftliches Wachstum definiert, sondern auch soziale und ökologische Faktoren berücksichtigt.

„Die Politik der Bundesregierung tut dem Land nicht gut“

Dieses eigentlich gut gemeinte Ziel habe aber zur „Ideologisierung der politischen Debatte“ geführt, bemängelt Weißschnur mit Blick auf die Stimmung unter seinen Mandanten. Die aktuelle Bundesregierung bediene sich populistischer Ansätze, heißt es. Und sie habe bei dringlichen Themen wie Binnen- und Außenwirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Migration „ihre Arbeit einfach nicht gemacht“. Ihre Politik tue dem Land nicht gut, darüber herrscht unter den Unternehmern ein großer Konsensus. „Das ist, was sie am meisten stört. Aber das will die Regierung nicht hören.“ Aus diesem Grund fühlen sich viele abwandernde Unternehmer laut Weißschnur zunehmend unsicher. Sie würden keinen Fortschritt sehen, sondern „staatliche Intervention und planwirtschaftliche Tendenzen, die ihrer Meinung nach die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährden.“

Zurückkehren würden sie nur dann, wenn sich die freie Marktwirtschaft in Deutschland erneut etablieren würde. Man wolle keine drastischen Eingriffe der Politik, geringere Steuern und Sozialabgaben sowie die garantierte Zusage, dass keine Zwangsabgaben wie die „Krisenabgabe für Vermögende“ oder ein „Lastenausgleich für Immobilien“ beschlossen werden. Da all diese Wunschvorstellungen keine Realität werden, sei eine Rückkehr unwahrscheinlich, sagt Weißschnur abschließend.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.